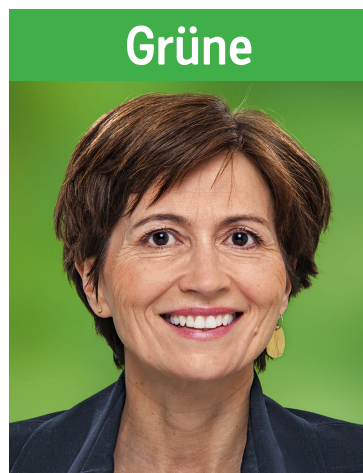


# Die Elefantenrunde: Schweizer Parteien im LGBTI-Interview

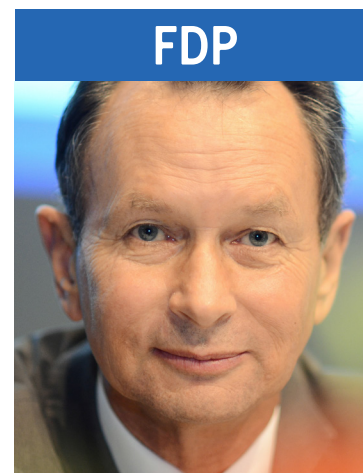
Wo steht die Schweizer Politlandschaft in Sachen LGBTI-Rechte? Wo werden unsere Anliegen angepackt und wo unter den Tisch gekehrt? Wir haben bei den sieben Parteien nachgefragt.



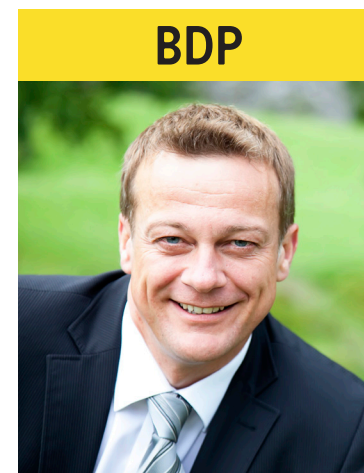
**Regula Rytz**  
Co-Präsidentin Grüne



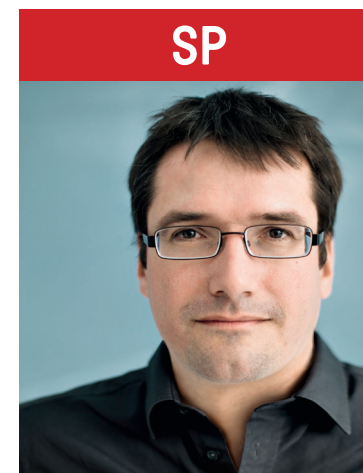
**Toni Brunner**  
Präsident SVP



**Philipp Müller**  
Präsident FDP



**Martin Landolt**  
Präsident BDP



**Christian Levrat**  
Präsident SP



**Martin Bäumle**  
Präsident GLP



**Christophe Darbellay**  
Präsident CVP

Wo stehen LGBTI heute in der Schweiz?

Es wurde einiges erreicht in den letzten Jahren, aber noch lange nicht genug. Die volle Gleichberechtigung ist in weiter Ferne und es drohen Rückschritte, zum Beispiel mit der CVP-Familieninitiative. Peinliche Äusserungen in Politik und Medien zeigen zudem immer wieder, wie dünn das Eis der Akzeptanz von LGBTI-Identitäten in den konservativen Milieus ist. Wir müssen deshalb dranbleiben – Gleichstellung wird nie geschenkt, sondern erstritten!

In der Schweiz kann jeder sein wie er ist. Man kann heute fast schon sagen, es ist „in“, nicht Hetero zu sein. Nicht nur hier, das Beispiel Conchita Wurst zeigt, die LGBTI erfreut sich einer breiten Akzeptanz in Europa.

Rechtlich haben wir in der Schweiz in den letzten 15 Jahren grosse Fortschritte gemacht. Die FDP hat sich vor allem beim Partnerschaftsgesetz dafür eingesetzt. Der FDP ist aber bewusst, dass die Erfahrungen im realen Alltag, je nach Umgebung, sehr unterschiedlich sein können. Gerade für Jugendliche in der Coming-out-Phase ist es schwierig.

In den letzten Jahren wurden grosse Fortschritte erzielt, und man darf zweifellos ein zunehmendes Umdenken in der Gesellschaft feststellen. Die grosse Herausforderung dürfte nun der nächste wichtige Schritt sein: Von der Toleranz zur Akzeptanz.

LGBTI in der Schweiz haben bereits einiges erreicht (Partnerschaftsgesetz, grundsätzlich positive öffentliche Wahrnehmung und insbesondere in Städten mehrheitlich gut akzeptiert). Es bleibt aber noch ein weiter Weg bis zur vollständigen Gleichstellung, insbesondere auf gesetzlicher Ebene.

In den letzten Jahren konnten erfreulicherweise verschiedene Fortschritte erzielt werden, sei es in der generellen gesellschaftlichen Toleranz oder auch rechtlich mit dem Partnerschaftsgesetz. Aber es bleibt noch einiges zu tun!

Höhere „awareness“ für die Anliegen der LGBTI generell und somit auch in der Schweiz. PINK CROSS und LOS sind anerkannte Interessensvereinigungen, die angehört und ernst genommen werden.

In welchen Belangen vertritt Ihre Partei die Anliegen der LGBTI-Bevölkerung?

Wir engagieren uns für eine Gesellschaft, in der einengende Geschlechterrollen und Familienbilder durch persönliche Identitäten und Freiheiten ersetzt werden. Damit es funktioniert, müssen bestehende Hürden und Diskriminierungen abgebaut werden. In unserem Wahlprogramm 2015-2019 fordern wir die volle Gleichberechtigung der LGBTI-Community und den Schutz vor Diskriminierung. Dazu gehört das Adoptionsrecht für alle Paare, die Ehe für alle und eine grundsätzliche Reform des Familienrechtes. Um Rückschritte zu verhindern haben wir einen Gegenvorschlag zur CVP-Initiative „gegen die Heiratsstrafe“ erarbeitet. Und wir setzen uns dafür ein, dass die Verfolgung aufgrund von sexueller Orientierung endlich als Fluchtgrund akzeptiert wird.

Die SVP Schweiz unterstützt das Streben jedes Menschen nach persönlichem Glück in verschiedenen Formen des Zusammenlebens. Diese Entscheide müssen bei jedem in Selbstverantwortung geschehen.

Als liberale Partei setzt sich die FDP für die Selbstbestimmung jedes einzelnen Menschen ein und verteidigt seine Freiheit, seinen Lebensentwurf zu leben. Dies gilt selbstverständlich auch für die LGBTI-Bevölkerung. Die Vielfalt unserer Gesellschaft ist eine Stärke, die wir pflegen wollen. Wir politisieren aus Liebe zur Schweiz und aus Liebe zu Ihrer Bevölkerung – auch der LGBTI-Bevölkerung.

Die BDP will, dass individuell und persönlich gefällte Entscheide für eine Lebensform respektiert werden. Sie vertritt klar die Haltung, dass nicht der Gesetzgeber einzelne Familienmodelle, Lebensformen oder auch sexuelle Orientierungen bevorzugen oder benachteiligen soll. Vielmehr ist die Gesetzgebung dahingehend anzupassen, dass dem gesellschaftlichen Wandel insbesondere auch zivilrechtlich Rechnung getragen wird

Die SP hat sich schon immer für die Rechte von LGBTI eingesetzt. So forderte die SP stets die Eheöffnung, Volladoption, Diskriminierungsschutz, usw.

Das Ziel der Grünliberalen ist die rasche und umfassende Gleichstellung von LGTBI, beispielsweise im Bürgerrecht, durch das Adoptionsrecht und die „Ehe für alle“.

Umsetzung Partnerschaftsgesetz – massgebliche Mitwirkung für das Gesetz seitens CVP und ihrer damaligen Bundesrätin Ruth Metzler. Nicht-Diskriminierung allgemein.

## Grüne

## SVP

## FDP

## BDP

## SP

## GLP

## CVP

Schweizer LGBTI leben heute ohne direkte Repression des Staates. In der „Europe Rainbow Map“ belegt die Schweiz aber lediglich Rang 27, weil uns viele Gesetze zum Schutze von LGBTI fehlen. Was, wenn die politische und/oder gesellschaftliche Stimmung plötzlich umschlägt?

Ja, in der Schweiz gibt es in Sachen Gleichberechtigung der LGBTI-Bevölkerung gravierende Lücken, die unter anderem auch mit einem Anti-Diskriminierungsgesetz geschlossen werden müssen. Die aktuelle Diskussion über die Abschaffung des Völkerrechtes zeigt, wie rasch die Grund- und Menschenrechte als Fundamente der Demokratie in Frage gestellt werden. Für uns Grüne ist deshalb klar, dass wir im Diskriminierungsschutz einen Schritt vorwärts machen müssen. Es geht dabei nicht nur um Themen wie Familie, Adoption oder die Sozialversicherungen, sondern auch um die Rechte am Arbeitsplatz und im Bildungsbereich.

Meines Erachtens gibt es in der Schweiz genügend Schutz für Minderheiten. Das Ziel der Politik muss die persönliche Freiheit aller Individuen sein. Frei bleiben ist ja auch das Motto der SVP für das kommende Wahljahr.

Die Persönlichkeitsrechte sind immer zu verteidigen – egal wie die Stimmung ist. Die FDP setzt auf eine gelebte Wirklichkeit. So leben zwei Mitglieder der FDP-Fraktion offen schwul: Hanspeter Portmann sowie Daniel Stolz. Letzterer ist auch Kantonalpräsident und war während mehrerer Jahre Mitglied des Vorstands von Pink Cross. Gesetze müssen natürlich auch mit der gesellschaftlichen Realität gehen. Zum Beispiel die Einführung der Stiefkindadoption, die Eizellenspende und die Diskriminierung bei der Vergewaltigungs-Definition (Motion Hitpold 14.3651).

Gegen das Risiko, dass die Stimmung plötzlich umschlägt, würden wohl auch Gesetze nicht abschliessend schützen. Die gesellschaftliche Entwicklung geht aber aus unserer Sicht glücklicherweise in eine andere Richtung. Es braucht dazu weiterhin die konsequente Ausrichtung auf eine Gesetzgebung, die nicht diskriminiert und gleiche zivilrechtliche Voraussetzungen für die verschiedenen Lebensformen schafft.

Die Geschichte zeigt, dass dies immer möglich ist. Darum ist es umso wichtiger, dass auf gesetzlicher Ebene vollständige Gleichstellung sicher gestellt wird, die einen Schutzmechanismus einbauen, falls die gesellschaftliche Stimmung plötzlich umschlagen sollte.

Wir setzen uns für die Gleichstellung und eine Sensibilisierung ein, damit die heute immer noch vorhandene Diskriminierung abgebaut werden kann.

In der Schweiz brauchen gewisse Entwicklungen vielfach etwas länger Zeit. Wir sind es gewohnt, im Diskurs und im Austausch Veränderungen zu erreichen. Anders beim Partnerschaftsgesetz, da übernahm die Schweiz quasi eine Vorreiterrolle. Das war aber nur möglich, weil viele Akteure in den Prozess miteingebunden waren. Das Partnerschaftsgesetz ist heute allgemein anerkannt und legt bereits viele Rechte für gleichgeschlechtliche Paare fest. Es ist unseres Erachtens undenkbar, dass diese Rechte umgestossen bzw. rückgängig gemacht werden.

Warum stossen LGBTI-Themen in der Politik häufig auf Widerstand?

Die konservativ-patriarchale Geschlechterideologie ist in der Schweiz immer noch stark verankert und führt oft zu grotesken, diskriminierenden und beleidigenden Vorurteilen. Das bremst nicht nur die Gleichstellung von Frauen und Männern in Familie und Beruf, sondern grenzt auch Menschen aus, die nicht in heterosexuellen Beziehungen und traditionellen Geschlechteridentitäten leben. Der Mann oben und die Frau unten – dieses Bild wird durch Kaderfrauen, Teilzeitmänner und LGBTI-Menschen gleichermaßen aufgelöst. Das ist gut so, denn Vielfalt ist Reichtum!

Weil es kein politisches Thema ist. Die sexuelle Orientierung eines Menschen ist Privatsache. Genauso wie die Konfession. Dies ist seine ganz persönliche Angelegenheit.

Die Freiheit des Einzelnen hatte schon immer Feinde. Viele Menschen, die nur das traditionelle Familienbild als richtig erachten, wehren sich gegen Reformen auf dem Gebiet der LGBTI. Sie sehen ihre Vorstellungen von Richtig und Falsch in Frage gestellt. Die FDP aber will keinem Menschen vorschreiben, wie er zu leben hat, solange er oder sie die Freiheit der Anderen respektiert und für sein Handeln die Verantwortung übernimmt.

Nach wie vor besteht ein grosser Aufklärungsbedarf, z.B. in Bezug auf die Tatsache, dass man sich nicht einfach aus einer Laune heraus für oder gegen Homosexualität entscheidet. - Viele Leute sind in etablierten Klischees gefangen. Das gilt auch für Politikerinnen und Politiker, insbesondere im bürgerlichen Lager. Die BDP versucht hier als (einzige) bürgerliche Partei, klar für die Anliegen von LGBTI hinzustehen und damit auch andere bürgerliche Kreise wachzurütteln.

Bedauerlicherweise gibt es noch einen massiven Aufklärungsbedarf und noch viele Vorurteile was LGBTI Menschen betrifft. Gerade konservative Kräfte sorgen für massiven Widerstand bei gesellschaftlichen Öffnungsfragen.

Leider tun sich die traditionellen bürgerlichen Parteien sehr schwer mit einer liberalen Gesellschaftspolitik. Die Grünliberalen stehen hingegen seit der Gründung aktiv dafür ein und zeigen damit, dass eine liberale Gesellschaftspolitik und Gleichstellung von LGTBI nicht nur ein linkes Anliegen ist. Das ist wichtig, denn für Mehrheiten braucht es auch die politische Mitte.

In den nächsten Jahren kommen grosse politische Geschäfte auf die Schweiz zu: Altersvorsorge 2020, Energiewende, Umsetzung Masseneinwanderung, das Thema Migration generell oder die Sicherung der bilateralen Verträge mit der EU. In diesen Themen sollten alle Menschen gleich behandelt werden und kein Unterschied gemacht werden. Die sexuelle Orientierung soll dabei kein Merkmal sein. Die Diskriminierung einer Mehrheit wird nicht als so stark empfunden bzw. die Prioritäten werden anders gesetzt.

LGBTI bezahlen die gleichen Steuern, die gleichen Sozialabgaben und tragen mit ihrer Arbeitsleistung zum Wohlstand unseres Landes bei. Und trotzdem wird ihnen bis heute die vollständige rechtliche Gleichstellung verwehrt. Wie finden Sie das?

Inakzeptabel. Wir wollen, dass es anders wird.

Das eine hat nichts mit dem anderen zu tun. Mit der eingetragenen Partnerschaft wurde ein Institut geschaffen, das es ermöglicht, gleichgeschlechtliche Beziehungen rechtlich abzusichern und der Ehe gleichzustellen. Ich sehe hier keine Diskriminierung. Es ist ja aber ebenso unbestritten, dass es für den Fortbestand unserer Gesellschaft die „traditionellen“ Familien benötigt. Der SVP ist es daher ein Anliegen, dass der besondere Schutz von Ehe und Familie erhalten bleibt.

Die FDP ist stolz auf die Schweizer Bevölkerung – unabhängig davon, ob sie LGBTI ist oder nicht. Für uns steht der eigenverantwortliche Mensch im Mittelpunkt. Die FDP unterstützt die Stiefkindadoption, um einen weiteren Schritt zur Gleichstellung zu unternehmen.

Das ist falsch und genau der Grund, warum sich die BDP dafür einsetzt, dass keine zivilrechtlichen Unterscheidungen in Bezug auf unterschiedliche Lebensformen gemacht werden.

Inakzeptabel. Die SP hat sich immer für vollständige Gleichstellung eingesetzt, auf jeder Ebene.

Das ist selbstverständlich inakzeptabel und muss rasch und umfassend geändert werden. Deshalb haben die Grünliberalen beispielsweise schon letztes Jahr Vorstösse für eine rechtliche Gleichstellung der verschiedenen Lebensgemeinschaften (Ehe, eingetragene Partnerschaft und Konkubinat) und die „Ehe für alle“ im Nationalrat eingereicht.

Die CVP hat das Partnerschaftsgesetz immer unterstützt, ja sogar massgeblich dazu beigetragen, dass es zustande kam. Es stellt seit zehn Jahren die gleichgeschlechtlichen Paare unseres Erachtens weitgehend den Ehepaaren gleich. Trotzdem gibt es einige Bereiche wie die gemeinschaftliche Adoption oder der Zugang zur Fortpflanzungsmedizin, welche bei der Erarbeitung des Gesetzes absichtlich ausgenommen wurden. Die Ausnahme ebendieser Punkte trug nicht unwesentlich zum Erfolg des Partnerschaftsgesetzes bei der Bevölkerung bei. In der Schweiz brauchen gesellschaftliche Veränderungen immer etwas länger. Eine Gleichstellung der eingetragenen Partnerschaft bei der erleichterten Einbürgerung (auf Gesetzesebene) scheint uns zum Beispiel aktuell realistisch

## Grüne

## SVP

## FDP

## BDP

## SP

## GLP

## CVP

Welche Fortschritte hat Ihre Partei in den letzten Jahren für LGBTI-Menschen erzielen können?

Viele grüne Mandatsträger\_innen in Regierungen und Parlamenten sind LGBTI-Menschen und zeigen öffentlich, dass es nichts Alltäglicheres gibt als so zu leben wie sie. Selbstverständlich setzen wir uns in der politischen Arbeit auch für die konkrete Gleichstellung und den Diskriminierungsschutz ein. Ein paar Beispiele: Wir haben uns sehr stark engagiert für die Durchsetzung der registrierten Partnerschaften und deren Gleichstellung z.B. in den Pensionskassen, das Recht auf Adoption, die Unterstützung von Beratungsstellen, die Information über LGBTI-Lebensentwürfen an Schulen usw. Wir fordern den Bundesrat auch immer wieder dazu auf, die internationale Diskriminierung von LGBTI-Menschen als Verstoss gegen die Grund- und Menschenrechte anzuprangern und zu unterbinden. Hier ist zum Beispiel Nationalrätin Aline Trede sehr aktiv.

Wie gesagt, die sexuelle Orientierung ist unserer Ansicht nach Privatsache und kein politisches Thema. Die SVP ist eine politische Partei und hat die Aufgabe, die Geschicke der Schweiz in Zukunft mitzugestalten.

Die FDP hat sich für die Einführung der Stiefkindadoption eingesetzt (siehe unsere Vernehmlassungsantwort) und auch für die Neudefinition der Vergewaltigung (Motion Hiltbold 14.3651). Die FDP setzt sich vehement gegen die Versuche der SVP ein, den Art. 261bis StGB wieder abzuschaffen (siehe unter anderem Motion 14.3059 der liberalen Fraktion oder die Motion 12.3113 Freysinger).

Die BDP hat Anliegen, wie beispielsweise die Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare unterstützt. Sie hat zudem klar Position bezogen und beispielsweise die damaligen Aussagen von NR Toni Bortoluzzi vehement und öffentlich kritisiert.

Die SP hat sich für das Partnerschaftsgesetz stark gemacht. Weiter haben Nationalräte der SP Vorstösse eingereicht wie die Stiefkindsadoption, Diskriminierungsschutz. Unsere Vertretungen in den Kommissionen achten sich immer darauf, dass bei sämtlichen Geschäften LGBTI Anliegen einbezogen werden (Revision Ausländergesetz, Asylgesetz, Steuergesetz, usw.). So hat sich die SP bei der Revision des Bürgerrechts dafür eingesetzt, ausländische eingetragene Partner erleichtert einbürgern zu lassen (wie bei Ehepaaren) und bei Asylgesetzrevisionen, dass Fluchtgründe aufgrund der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität spezifisch erwähnt werden. Weiter setzt sich die SP stark für Adoptionsrechte ein, mit entsprechendem Lobbying.

Wir konnten einen wichtigen Beitrag dafür leisten, dass LGTBI-Anliegen nicht mehr als rein linke Anliegen wahrgenommen werden. Das ist hoffentlich ein wichtiger Baustein für die dringend notwendigen gesellschaftspolitischen Reformen.

Unterstützung des Partnerschaftsgesetzes und hoffentlich bald die Aufhebung der diskriminierenden Heiratsstrafe, welche sich auch auf eingetragene Paare auswirkt. Ausserdem haben wir eine Fachgruppe „Homosexualität“ bei der CVP.

Eine CVP-Initiative möchte die Ehe als Verbindung zwischen Mann und Frau in der Bundesverfassung verankern. Wie stehen Sie diesem Anliegen gegenüber?

Wir lehnen diese Initiative als diskriminierend und grundrechtswidrig ab und haben einen Gegenvorschlag dazu erarbeitet. Unser Ziel ist, dass alle Formen des Zusammenlebens unabhängig von Zivilstand oder Geschlecht (steuer-)rechtlich gleich behandelt werden.

Grundsätzlich soll jeder dasjenige Lebensmodell wählen, das er sich wünscht. Die SVP unterstützt aber die Definition der Ehe als eine auf Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft zwischen Mann und Frau. Durch diese Definition der Ehe darf es keine Diskriminierung der eingetragenen Partnerschaft geben. Gemäss Partnerschaftsgesetz werden im Erbrecht, im Sozialversicherungsrecht, in der beruflichen Vorsorge sowie im Steuerrecht gleichgeschlechtliche Paare Ehepaaren gleichgestellt.

Die FDP hat sich in ihrer Vernehmlassungsantwort für einen Gegenentwurf zur Volksinitiative "Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe" ausgesprochen: Die FDP stellt sich damit gegen den Vorschlag, dass die Definition der Ehe als Lebensgemeinschaft zwischen Mann und Frau explizit in der Verfassung Eingang findet. Dies war auch bisher nicht nötig und hat zudem keinen Zusammenhang zur Abschaffung der Heiratsstrafe. Es sollte der Gesellschaft offen stehen, zeitgemäss zu definieren, was eine Ehe ist. Eine Definition der Ehe in der Verfassung würde einer neuen Benachteiligung von anderen Formen des Zusammenlebens Vorschub geben. Der direkte Gegenentwurf „Heiratsstrafe abschaffen - für eine Familienpolitik für alle“ wurde massgeblich auf Initiative der FDP. Die Liberalen hin erarbeitet, unter anderem genau um diese Definition in der Bundesverfassung zu verhindern.

Die CVP-Initiative möchte primär die sog. „Heiratsstrafe“ abschaffen. Die BDP unterstützt dieses Anliegen im Grundsatz, wird aber klar die Position vertreten, dass dies für sämtliche Lebensformen gelten muss.

Die SP lehnt diese Initiative vehement ab. Eine derart rückständige Familiendefinition in die Verfassung zu verankern, widerspricht dem jahrzehntelangen Einsatz der SP für Gleichstellung von LGBTI fundamental.

Wir lehnen diese Initiative klar ab. Wir wollen keinen veralteten und diskriminierenden Ehebegriff in der Verfassung. Wir unterstützen im Minimum den Gegenvorschlag der Kommission, werden im Nationalrat aber noch einen weitergehenden Gegenvorschlag einreichen, der explizit die Benachteiligung von eingetragenen Partnerschaften ausschliesst. Das ist aber nur ein Zwischenschritt, bald wird sich der Nationalrat mit unseren Vorstössen für eine rechtliche Gleichstellung der verschiedenen Lebensgemeinschaften und die „Ehe für alle“ befassen.

Unsere Initiative will vor allem eines: die Diskriminierung und Ungleichbehandlung von verheirateten und eingetragenen Paaren gegenüber Konkubinatspaaren endlich abschaffen. Es gibt keine Erklärung dafür, warum ein Paar mehr Steuern bezahlen muss, weil es verheiratet ist oder in einer eingetragenen Partnerschaft lebt. Die vorgeschlagene Verfassungsbestimmung entspricht der geltenden Rechtsprechung und damit dem heutigen Verständnis der Ehe. Es ändert nichts an der aktuellen Situation. Die Definition manifestiert die Ehe als eine Wirtschaftsgemeinschaft und verhindert somit, dass man auf ein System der Individualbesteuerung wechseln könnte. Wer die Ehe für gleichgeschlechtliche Partner öffnen will, muss eine Gesetzesänderung anstreben. Die Annahme oder Ablehnung unserer Initiative ändert nichts an der geltenden Rechtsprechung.

Wann schaltet Ihre Partei das erste Werbesujet mit einem schwulen Paar?

In der Nationalratswahlkampagne wird es ein Poster nach dem Vorbild der europäischen Grünen geben. Das ist aber nicht neu. LGBTI-Kandidat\_innen haben bei verschiedenen Wahlen bereits spezifische Kampagnen gemacht.

Wir sehen den Sinn einer solchen Massnahme nicht, denn wir vermitteln politische Inhalte und unterscheiden nicht nach der sexuellen Orientierung unserer Wählerinnen und Wähler.

Das wissen wir nicht. Aber für die Zukunft ausschliessen würde ich es nicht.

Die BDP wird ihre gesellschaftsliberale Haltung im Wahlkampf 2015 aufzeigen. Die Kampagne befindet sich noch in Erarbeitung, über die definitiven Sujets ist noch nicht entschieden worden. Es finden aber durchaus Überlegungen in dieser Richtung statt.

Dem steht nichts entgegen - das kann man von mir aus sofort machen.

Falls es eine Volksabstimmung zu unserer parlamentarischen Initiative für eine „Ehe für alle“ gibt, könnte ich mir das gut vorstellen.

Zur Wahlkampagne der CVP Schweiz für 2015 verraten wir noch nichts. Die CVP Kt. ZH hat aber schon Plakate mit einem schwulen Paar publiziert. Wenn Kandidierende ihre Homosexualität und ihr Privatleben für eine Kampagne einsetzen wollen, ist es selbstverständlich ihnen überlassen. Generell definieren sich aber unsere Leute primär über Themen.



# Das Parteien-Ranking

## Wie gayfriendly sind Schweizer Parteien?

	Grüne	SVP	FDP	BDP	SP	GLP	CVP
Zivilehe für alle	✓	⊘	⊘	✓	✓	✓	⊘
Stiefkindadoption	✓	⊘	✓	✓	✓	✓	⊘
Volladoption	✓	⊘	⊘	✓	✓	✓	⊘
Zugang zur Fortpflanzungsmedizin	✓	⊘	⊘	✓	✓	✓	⊘
Antidiskriminierungsgesetz für Homosexuelle	✓	⊘	⊘	✓	✓	✓	⊘
Positionspapier zu LGBTI-Themen	✓	⊘	⊘	✓	✓	✓	⊘
Eigener LGBTI-Bereich auf Webseite	⊘	⊘	⊘	✓	✓	✓	✓
Unterstützung von LGBTI-Organisationen in der Schweiz	✓	⊘	⊘	✓	✓	✓	✓
Homosexuelle Subgruppe	⊘	✓	✓	⊘	✓	✓	✓

### Das sagen wir dazu:

Die Grünen gehen sehr bewusst mit der LGBTI-Thematik um und integrieren sie in ihr politisches Programm. LGBTI werden nicht als Extrazug gefahren, sondern als selbstverständlich in den Kampf für Gleichstellung und Gleichheit vor dem Gesetz integriert.

Die Partei anerkennt die Rechte von LGBTI nicht als politisches Thema an. Die Partei schreibt aber, dass sie sämtliche unserer Anliegen unterstütze - jedoch nur für Heteros. Homosexualität wird als Trend verstanden, als Wahl des Lifestyles etwa. In der SVP Parteispitze herrscht kein Bewusstsein für LGBTI-Anliegen. Die SVP bekämpft unsere Anliegen nicht, sie ignoriert LGBTI-Rechte schlichtweg.

Der demokratische und werberische Ton lässt sich in der konkreten Umsetzung und Parolenfassung der FDP bisher leider nicht wiederfinden, was sich leider deutlich bei der Ablehnung praktisch aller unserer Anliegen zeigt.

Die BDP sticht als bürgerliche Partei dahingehend heraus, als dass sie ein hohes Bewusstsein für die LGBT-Thematik hat, sich ihrer Sonderstellung bewusst ist und auch danach handelt und ihren Wirkungskreis mit hoher Sachlichkeit für LGBTI-Anliegen sensibilisiert.

Die SP nimmt ihr politisches Gewicht wahr und treibt die Diskussion um die gesetzliche Gleichstellung mit Vorstössen (Dirkriminierungsgesetz) voran. Sie dürfte gerne noch prägnanter und mutiger ihre lobenswerte Rolle wahrnehmen.

Als Mittepartei geht die GLP bewusst mit LGBTI-Themen um und ist sich der Wichtigkeit der Gleichstellung bewusst. Gleichzeitig ist sie nebst der SP die einzige Partei, die in diesem Ranking sämtliche unserer Anliegen erfüllt.

Obwohl die CVP sich für die Vielfalt der Lebensformen ausspricht, ist sie nicht bereit, diesen konsequent Rechnung zu tragen. Zwar spricht sie sich für die Nicht-Diskriminierung aus, tut aber in Bezug auf die Gleichstellung von LGBTI das Gegenteil: Sie sagt NEIN zu sämtlichen Anliegen.

